

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =  
Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 56 (2006)

**Heft:** 2

**Buchbesprechung:** Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus  
[Götz Aly]

**Autor:** Hauser, Benedikt

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gung mit dem Erzrivalen, die ab etwa 1935 wieder verstärkt in Konfrontation umschlug. Der französischen Politik, geprägt von 42 Regierungen in 20 Jahren, fehlte im Innern die Kontinuität und gegen aussen die klar definierte eigene Position. Die Militärpolitik war geprägt von der Reorganisation der Armee 1927/28, den milliardenschweren Krediten für den Bau der Maginotlinie sowie den endlosen Diskussionen um Art und Zahl der einzuführenden Panzer.

Der zweite Abschnitt befasst sich detailliert mit den militärischen Vorbereitungen der Franzosen. Die strategischen Pläne waren bis 1924 von Offensiven geprägt, wurden dann vermehrt nach der Defensive ausgerichtet und schliesslich gab es nichts anderes als die Defensive, wobei die Vorstösse nach Belgien (*hypothèse B*) und der Schweiz (*hypothèse H*) als Vorverlegung der Abwehr verstanden wurden. Mit verschiedener Gewichtung ging es darum, das heimatliche Territorium ab der Grenze zu schützen, Mobilmachung und Aufmarsch der Armee sicherzustellen und schliesslich die Verteidigung an der Grenze zu führen.

Das 360 km lange Zentrum der Maginotlinie wurde später gegen Norden und Süden zum «*front continu*» auf 1000 km erweitert. Da selbst die grossen finanziellen Mittel nicht ausreichten, wurden viele Abschnitte wesentlich schwächer ausgebaut. Verhängnisvoll wirkte sich dies vor allem dort aus, wo das Gelände als für moderne Gegner «unpassierbar» deklariert worden war. Die an sich gut ausgerüstete *Armée de terre* wurde zum Kampf in der Linie gezwungen, und so ging jeglicher Offensivgeist verloren.

Der dritte Abschnitt zeigt die eigentliche Niederlage, die der Autor primär in drei Bereichen lokalisiert. Politisch-militärisch lag das Versagen in der Passivität gegenüber Deutschlands Aggressionen z.B. im Falle der Besetzung des Rheinlandes, bei der Konferenz von München und beim Überfall auf Polen. Rein militärisches Versagen findet sich in falschen Annahmen, beispielsweise dass der Angriff von Norden komme und die Ardennen unpassierbar seien. Die rein defensiv orientierte Armee verzettelte ihre Kräfte auf die ganze Front, setzte die Reserven für einen wirkungslosen Stoss nach Belgien ein.

Wesentlichen Anteil an der Niederlage sieht der Autor in der militärischen Führung. Sie hielt an ihrer Feindannahme und der daraus abgeleiteten defensiven Strategie fest. Kritische Fragen waren in diesem Bereich ebenso unerwünscht wie in der Panzerfrage. Das Festhalten an der Defensive war systemimmanent, neue militärische Impulse wurden nicht umgesetzt. Beim Eintreten des Ernstfalls wurden die vorhandenen Mittel falsch eingesetzt, z.B. Reserven für den Stoss nach Belgien oder der dezentrale Einsatz der Panzer.

Ein Volk, das sich gegen den Krieg stellt, Politiker, die mehr blockieren als entscheiden, und schliesslich Generäle, die keine zukunftssträchtige Vision haben, das zusammen führte damals und würde auch heute wiederum zu einer politischen und militärischen Niederlage des Staates führen.

*Walter Troxler, Inwil*

**Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus.** Frankfurt am Main, S. Fischer, 2005. 445 S.

Die Thematik der vom NS-Staat begangenen Verbrechen zählt mit Sicherheit zu den am gründlichsten bearbeiteten Fragen der neueren Geschichte. Dennoch gibt es auch bei diesem Forschungsfeld Bereiche von zentraler Relevanz, von welchen man nach wie vor nur wenig weiss. Alys Buch verdient schon deswegen besondere Beachtung, weil es auf solche Lücken hinweist und dabei auch Möglichkeiten zeigt, wie sie sich konkret beheben lassen.

Der Autor stützt sich dabei auf eine breite Basis in- und ausländischer Quellen ab: Während viele dieser Akten schon seit langem problemlos eingesehen werden können, waren andere noch vor kurzem unzugänglich, wobei bei umfangreichen wichtigen Beständen wie denjenigen des Reichsfinanzministeriums Findhilfsmittel fehlten. Der erste Band eines auf zehn Bände angelegten Repertoriums liegt hier erst seit zwei Jahren vor. Verwehrt blieb dem Verfasser die Benutzung der historischen Archive der Ungarischen Nationalbank, welche die Konsultation der angeforderten Akten verweigerte, und der Bank von Griechenland, die mehrfach an sie gerichtete Anfragen unbeantwortet liess.

Wie in seinen frühern Studien scheut Aly auch in seinem neusten Buch nicht davor zurück, schnörkellos wenig Schmeichelhaftes zu erwähnen, das wohl nicht alle gerne hören. Geschont wird dabei kaum jemand. So erfährt man unter anderem, dass noch unter Bundeskanzler Schmidt und Finanzminister Apel wichtige Geschäftsakten der Reichsbank vernichtet worden sind, dass 1943 der spätere Nobelpreisträger Böll als junger Wehrmachtangehöriger in der Ukraine über ein «koloniales Dasein hier im Osten nach einem gewonnenen Krieg» für sich nachdachte (S. 29f.) und dass ein Jahr zuvor der nachmalige Präsident der Bundesbank Karl Blessing als Vertreter der Reichsbank in Rumänien «die Juden» als Teilschuldige für den raschen Preisanstieg bezeichnete.

Alys Augenmerk gilt diesmal freilich nicht so sehr einzelnen Personen oder bestimmten Gruppen von Entscheidungsträgern. Im Zentrum seiner Untersuchung steht vielmehr das sogenannte Volk. Konkret geht der Autor von der Fragestellung aus, wie es die Nazi-Diktatur verstand, ein heute kaum vorstellbares Mass an «innenpolitischer Integration» zu erreichen. Die NS-Herrschaft wird dabei aus dem Blickwinkel der «Gefälligkeitsdiktatur» betrachtet (S. 36), die sich den öffentlichen Zuspruch oder wenigstens die Gleichgültigkeit täglich gleichsam neu erkaufte und welche deshalb – im Vergleich zur DDR mit rund 190 000 hauptamtlichen Stasi-Spitzeln – mit einem personell verhältnismässig kleinen Überwachungsapparat von 7000 Gestapo-Leuten und einer nochmals geringeren Anzahl von SD-Mitarbeitern ausgekommen sei. Verkürzt gesagt, sei dies primär dadurch gelungen, dass man «Otto Normalverbraucher» (S. 195ff.) konsumptiv zufriedentstellte, indem man ihm die Möglichkeit verlieh, sich trotz Rationierungen ausreichend zu ernähren, sich billig Güter von deportierten Juden zu erwerben und bei seinem Einsatz als Soldat besetzte Länder auszuplündern. Zudem habe man ihn steuerlich entlastet und ihm zahlreiche soziale Aufstiegsmöglichkeiten geboten.

In diesem Sinne wird zunächst die Politik beschrieben, «Steuermilde für die Massen» herzustellen (S. 66). Dann werden – gleichsam als Kontrast – die verschiedenen Beraubungs- und Enteignungstechniken des NS-Staates dargestellt. Stark präsent und prägend war in beiden Fällen die Vergangenheit: die traumatischen Erfahrungen des Mangels und des Hungers zur Zeit des Ersten Weltkriegs und die lange Tradition der gezielten Ausblutung des besiegten Feindes von der Französischen Revolution über den Sezessionskrieg in den USA bis zur Erfüllung des Vertrages von Versailles. Auffallend für den heutigen Betrachter sind dabei der Einfallsreichtum und die grosse Energie, mit welchen die Beteiligten nicht selten mit der Vorstellung der historisch einmaligen Chance die Ausbeutung geplant und vorangetrieben haben. Ein Mann wie Reichsbankevizpräsident Emil Puhl, der sich in der Schweiz als Antinazi ausgab und 1942 von einem Mitglied der Landesregierung für seine Kompetenz und seine Besonnenheit gepriesen wurde, tritt hier als nimmersatter Finanzraubritter in Erscheinung, der okkupierte Staaten skrupellos

und wider jede volkswirtschaftliche Vernunft währungsmässig in die Zange nahm, um aus ihnen zusätzlich zur Überbürdung der Besatzungskosten ein Maximum an Waren und an Geld herauszupressen.

Das Plünderungsinstrumentarium war hoch perfektioniert. Als Beispiel sei der Reichskreditkassenschein erwähnt, dem in den Worten Puhls die Funktion «eines in Geld gekleideten» Requisitionsscheines zukam (S. 103). Das auf Reichsmark lautende Papier wurde den deutschen Truppen abgegeben und musste von den Sparkassen und Banken der eroberten Gebiete zu einem offiziell dekretierten Kurs angenommen und in die Landeswährung eingewechselt werden. Von dort gelangten die Scheine zunächst an das Noteninstitut und anschliessend ohne Zahlung eines Gegenwerts an den vor Ort errichteten Ableger der Reichsbank. Dadurch waren die Behörden des okkupierten Territoriums gezwungen, entweder die Notenpresse anzuwerfen, neue Steuern zu erheben oder sonst zusätzliche Gelder aufzutreiben. Dieses System bot den «Vorteil», dass die Verkäufer die Scheine leicht in «altvertrautes Geld» konvertieren konnten (S. 105) und dass es kein aufwändiges Ausstellen von unpopulären Requisitionsbestätigungen brauchte, wie es die Haager Landkriegsordnung in diesem Fall erfordert hätte. Zudem erhielten die Truppen so die willkommene Gelegenheit, Lebensmittel, Gebrauchs- und Luxusgüter, die in der Heimat kaum erhältlich waren, kostengünstig zu beschaffen, um dann die Ware päckchenweise mit der Feldpost oder selbst nach Hause zu verfrachten. Dass man dabei ganze Volkswirtschaften konsequent in den Ruin trieb, wurde bewusst in Kauf genommen und gefördert. Göring hielt diesbezüglich fest: «Der Franken soll nicht mehr wert sein als ein gewisses Papier für gewisse Zwecke. Dann erst ist Frankreich so getroffen, wie wir Frankreich treffen wollen» (S. 126).

Unter dem Begriff des Staatsraubs wird sodann der Themenkreis der Arisierung näher untersucht. Hier erweitert der Autor den Blickwinkel, indem er nicht nur schildert, wie sich private Profiteure oder «ausgebombte» Stadtbewohner aus dem Besitz deportierter Juden an Auktionen günstig Kleider, Möbel, Hausrat und sonst Gegenstände aller Art erwerben konnten. Zu Recht betrachtet er die systematische Beraubung der jüdischen Bevölkerung vor allem auch vor dem Hintergrund des chronisch defizitären Staatshaushalts und der Kriegsfinanzierung. Angewandt wurde das Modell ein erstes Mal 1938 in Deutschland selbst und danach in den Ländern des eroberten Europas. Fiskalpolitisch verfolgte man dabei das Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates aufrechtzuerhalten und die Kriegskasse zu speisen, ohne die deutschen Steuerzahler, sofern sie «arisch» waren, stärker zu belasten oder die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen.

Nutzniesser waren dabei nicht nur die Deutschen selbst, sondern vor allem auch die kollaborierenden Behörden der verbündeten und besetzten Staaten. So wurden z.B. in Rumänien von Oktober 1940 bis Mai 1941 der gesamte jüdische Grundbesitz, der jüdische Waldbesitz und die damit verbundenen Verarbeitungsbetriebe entschädigungslos verstaatlicht und danach an neue Eigentümer veräussert. Die dadurch gewonnenen Erlöse gingen grösstenteils an den Wehrmachtintendanten in Rumänien. Von dort aus wurden diese Gelder für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Truppe und ihre Besoldung und für private Aufkäufe verwendet. Nach Kriegseintritt des Landes Ende Juli 1941 wurde die jüdische Gemeinde in Bukarest gezwungen, Kriegsanleihen im Wert von 10 Milliarden Lei zu zeichnen<sup>1</sup>. Kurz darauf wurden sämtliche hypothekarischen Forderungen jüdischer

1 100 Lei = 1,67 Reichsmark (von Deutschland festgesetzter Wechselkurs 1940–45).

Gläubiger für nichtig erklärt, in deren Rechte dann der Staat trat. Hinzu kamen später unter anderem eine Zwangsabgabe von Schmuck und Wertsachen, eine um das Vierfache des Normalbetrages erhöhte Sondersteuer und eine Kollektivkriegskontribution von vier Milliarden Lei. Letztere erlaubte es dem Regime Antonescu, wenn auch nur für einen Monat, die finanziellen Forderungen der Wehrmacht zu erfüllen, ohne dafür ungedecktes Geld zu drucken oder für die Mehrzahl der Rumänen die Steuern anheben zu müssen. Selbst Deportationen wurden in Rechnung gestellt. Im Satellitenstaat Kroatien wurde für jeden nach Auschwitz deportierten Juden auf dem Clearingkonto eine Gutschrift von 30 Reichsmark verlangt. – Ausgeklammert wird die Frage, wie sich die vorgenommenen Besitzumschichtungen auf die Zusammensetzung des Privatbesitzes auswirkten. Bei den späteren Ostblockstaaten ist dies sicher weniger relevant, bei allen anderen Ländern jedoch sehr wohl.

Aly versucht sodann, die Politik des Raubes und der Plünderung konkret mit Zahlen zu erfassen. Er kommt dabei zum Schluss, «dass der deutsche Anteil an den laufend zu bezahlenden Kriegskosten ein Drittel, der ausländische mindestens zwei Drittel ausmachte» (S. 325). Was dieser Begriff genau umfasst, wird sehr wahrscheinlich immer strittig bleiben, und dasselbe gilt wohl auch für die als «Kriegseinnahmen» ausgewiesenen Beträge. Eine buchhalterisch hieb- und stichfeste Bilanz wird man kaum erstellen können. Die vom Verfasser angeführten Beträge sind somit primär als Richtwerte zu betrachten, denen der Schluss entnommen werden kann, dass es dem NS-Staat gelungen ist, den von ihm entfachten Weltkrieg zu einem grossen Teil durch das Ausland finanzieren zu lassen.

Aly hat mit seinem Buch einen fundierten und europaweit angelegten Überblick von beeindruckender Breite über die vom NS-Staat praktizierte Raubwirtschaft erstellt, der nicht nur zahlreiche wichtige neue Erkenntnisse enthält, sondern auch auf verhältnismässig knappem Raum ein komplexes Thema gut lesbar präsentiert. Vorbehalte drängen sich dabei vor allem dann auf, wenn der Autor dazu tendiert, komplexe Sachverhalte monokausal zu erklären. «Der Holocaust bleibt unverstanden», heisst es beispielsweise, «sofern er nicht als der konsequenteste Massenraub der Geschichte analysiert wird» (S. 318). Wird hier suggeriert, dass sich der Mord an den Juden Europas durch die Nazis und ihre Komplizen ökonomisch-rational abschliessend begründen lässt? Man weiss es nicht so recht und rätselt somit etwas irritiert, was solche Formulierungen konkret zum Ausdruck bringen sollen. Nicht vollumfänglich überzeugend ist sodann die Kernthese der Studie, dass die Machterhaltung Hitlers auf die vier Faktoren der Konsumtivvorteile bzw. der «materiell begründeten Loyalität» (S. 324), der Steuermilde für die Massen, der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten und der selektiven Repression zurückzuführen sei. Das gab es sicher alles, doch war da nicht noch mehr? War die über Jahre unter grösstem Aufwand und mit allen *dirty tricks* betriebene landesweite antijüdische und antibolschewistische Indoktrination, so fragt man sich, nur Schall und Rauch ohne jede Breitenwirkung? Und kann man es damit bewenden lassen, auf die nach der Winterkrise von 1941/42 gegen deutsche Zivilisten gefälltten 15 000 Todesurteile und – im Sinne eines Beispiels – auf die in einer Infanteriedivision von 1943 bis 1945 vollzogenen 18 Hinrichtungen von Soldaten zu verweisen, um daraus das Fazit zu ziehen, dass der «gegen einzelne Volksgenossen» gerichtete «exemplarische Terror» nicht überzubewerten sei (S. 338)? Man sollte sich dabei die – vom Verfasser etwas beiläufig erwähnte – erschreckend hohe Zahl von insgesamt 20 000 an Soldaten vollstreckten Todesurteilen vor Augen halten, und dabei beden-

ken, dass Höchststrafen bekanntlich nur die Spitze des Eisbergs der durch einen Polizeistaat praktizierten Unterdrückung sind. Andere, vielleicht etwas subtilere, jedoch nicht minder abschreckende Formen der Ausübung von Terror gab es ebenfalls in grosser Zahl.

Man würde sich zudem auch wünschen, einige der zahlreich angeführten wertvollen Zitate, für welche man dem Autor dankbar ist, wären etwas ausführlicher kommentiert. So wird beispielsweise angegeben, dass die *Banque de France* nach dem Überfall auf Frankreich Teile ihrer Goldreserven in die Schweiz verfrachtet habe, um sie dem deutschen Zugriff zu entziehen, und dass die zuständigen Mitarbeiter Görings dem gelassen zugesehen hätten: «Im Notfall» könne auf die schweizerischen Bestände «für die Zwecke des Reiches verhältnismässig leicht zurückgegriffen werden», habe man dazu im September 1942 bemerkt (S. 166). Welcher Stellenwert kommt solchen Äusserungen zu und was genau war damit gemeint? – Zu hoffen bleibt, dass sich solche Hinweise als Anreize auswirken, um die Forschung weiter zu vertiefen. Lohnen würde es sich sicher, wie es Alys Studie zeigt.

*Benedikt Hauser, Uitikon Waldegg*

**Christoph Maria Merki (Hg.): Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert.** Frankfurt a.M., Campus Verlag, 2005. 304 S.

Der von Christoph Maria Merki herausgegebene Tagungsband zur Geschichte der europäischen Finanzzentren im 20. Jahrhundert behandelt ein von der Geschichtsschreibung noch wenig erforschtes Thema. Das hängt zweifellos auch mit dem Gegenstand zusammen. Schwierigkeiten ergeben sich nur schon bei der Definition. Finanzplätze haben im Laufe der Entwicklung unterschiedlichste Funktionen erfüllt und kommen auch heute noch in verschiedenen Ausprägungen vor. Viele relevante Fragen sind komplex und lassen sich auch nur begrenzt mittels Theorien beantworten. Wie die verschiedenen Institutionen eines Finanzplatzes zusammenspielen und wie die einzelnen Finanzzentren untereinander verknüpft sind, hängt von den konkreten Umständen ab. Dasselbe gilt für die Frage nach den Faktoren, die darüber entscheiden, ob sie sich konkurrenzieren, ergänzen oder ob sie gar kooperieren. Aus diesen Gründen empfiehlt sich eine historische und vergleichende Betrachtungsweise wie im vorliegenden Band.

Mit London, Frankfurt, Paris und Amsterdam kommen vier alte, mit der Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein sowie den Kanalinseln Jersey und Guernsey vier neue Finanzzentren zur Darstellung. Der dritte Teil ist vergleichenden Fragestellungen gewidmet. Die Beiträge zeigen auf eindrückliche Weise, wie stark die Geschichte der Finanzzentren durch ihr regulatorisches Umfeld bestimmt wurde. Obwohl die Beiträge jeweils einzelne Finanzzentren resp. Einzelaspekte behandeln, vermittelt die Lektüre des Bandes doch einen guten Überblick über die europäische Entwicklung.

Finanzzentren benötigen ein gewisses Mass an wirtschaftlicher Offenheit, um eine bedeutende Rolle spielen zu können. Im 20. Jahrhundert war dies insbesondere bis zum Ersten Weltkrieg der Fall und dann wieder seit den 1980er Jahren. In diesen beiden Perioden spielte die City von London nicht nur unter den europäischen Finanzzentren, sondern auch weltweit eine herausragende Rolle. London war schon seit dem Mittelalter aufgrund seiner Funktion als Hauptstadt, seines Reichtums und seines Hafens, ein bedeutender nationaler Finanzplatz gewesen. Seit den 1870er Jahren begann die City jedoch, Geld aus der ganzen Welt anzuziehen, um damit den internationalen Handel zu finanzieren. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war sie schliesslich zum internationalen Bankenzentrum der